

Kursverlauf	Dax	Dow Jones	Japan-Aktien	Brasilien-Aktien	Euro	Rohöl (WTI)	Gold	Kakao	Blei
Veränderungen seit Jahresbeginn	7871 -1,5 %	14 404 +7,7 %	Nikkei: 14 547 +20,7 %	Bovespa: 54 807 -12,7 %	1,29 US\$ -1,6 %	94,34 US\$/Barrel +1,3 %	1606 US\$/Feinunze -4,4 %	1434 GBP/Tonne -0,2 %	2414 US\$/Tonne -10,9 %

## GELD UND LEBEN

## Räumungsverkauf

Meine Spekulation mit der Abwicklung eines Immobilienfonds geht bisher auf

Vor 15 Monaten habe ich mich an einem Fonds beteiligt und bin auf einen Schlag Mitbesitzer von 32 Immobilien geworden, die überwiegend in europäischen Hauptstädten liegen: Bürokomplexen und Einkaufszentren wie der Tour Léopold in Brüssel, K2 Ellipse in Luxemburg, Metropolitan in Warschau und das Bodio Center in Mailand. Und auch in Calgary und Osaka bin ich seither investiert.

Wie viel Geld ich angelegt habe, verschweige ich, um nicht Neid bei den einen und Mitleid bei den anderen zu erregen. Hier soll es um die Idee des Investments gehen. Der Grundgedanke war, eine Sachanlage mit einer Spekulation zu kombinieren und von der mangelnden Nachfrage nach komplexen Anlagen zu profitieren. Das Besondere an dem Fonds



Diese Woche von Rüdiger Jungbluth

Degi International ist, dass seine Auflösung feststand, als ich einstieg. Zu viele Anleger hatten Geld abziehen wollen. Bis Oktober 2014 sollen alle Immobilien verkauft sein. Die Erlöse werden halbjährlich an die Anleger ausgeschüttet.

Meine Erwartung war, dass ich deutlich mehr zurückbekomme, als ich investiert habe. Wenn die Spekulation aufgeht, liegt es vor allem am günstigen Einstieg. Da der Fonds geschlossen wurde, nimmt die Gesellschaft die Anteile nicht mehr zurück. Anleger können sie nur über die Börse verkaufen. Aber die Nachfrage ist mau. Ich habe zu einem Kurs gekauft, der 57 Prozent des Anteilwerts entsprach. Dieser Wert wird aus den Verkehrswerten der Immobilien berechnet, von denen die Kredite abgezogen werden. Der Erfolg meiner Anlage hängt davon ab, ob die Immobilien zu den geschätzten Verkehrswerten verkauft werden können. Die ersten Erfahrungen sind positiv. Ein Gebäude in Ottawa, das mit 57 Millionen Kanadischen Dollar in den Büchern stand, wurde für 60 Millionen verkauft, eines in Edmonton brachte 127 Millionen statt 119 Millionen. Eine Immobilie im schwedischen Solna und eine in Warschau brachten zwar weniger, als sie gekostet hatten, die Verluste waren aber gering.



Foto: Marc Beckmann

Als Sven Giegold das erste Mal 200 Milliarden Dollar von Banken forderte, war er ein Exot. Sein Kampf gegen die Finanzindustrie begann im Sommer 2001. »Wie kann sich ein Markt globalisieren, ohne dass sich die demokratische Kontrolle globalisiert?«, fragte Giegold damals. Er forderte Regeln für Banken, Fonds und Versicherungen, die überall gleichermaßen gelten. Eine Steuer auf deren Geschäfte sollte die Spekulation bremsen und die Entwicklungshilfe finanzieren. Weil der Handel mit Devisengeschäften und anderen Finanzprodukten explodierte, hätte schon eine Steuer von 0,1 Prozent auf den Handelsumsatz die 200 Milliarden Dollar gebracht. Jährlich.

Als deutsche Stimme von Attac galt Giegold Konservativen als linker Spinner, als jemand, der

den Kapitalismus nicht verstand. Die Deutsche Bank weigerte sich damals, mit ihm auf Podien zu streiten.

Zwölf Jahre später stehen Europas Finanzminister nun kurz davor, eine entsprechende Steuer tatsächlich einzuführen. Immerhin machen elf Länder, darunter Deutschland und Frankreich, mit. Allerdings streiten sie in Brüssel noch um die Ausgestaltung. Die Deutsche Bank hat Giegold gerade zu einer kleinen, informellen Kaminrunde mit Co-Vorstandschef Anshu Jain eingeladen. Er hat abgesagt.

Sven Giegold steht vor dem größten Triumph seiner politischen Laufbahn, doch er will davon nichts wissen. »In den nächsten Wochen entscheidet sich, ob die Steuer ein Erfolg wird, oder ob sie weiter ausgehöhlt und damit sinnlos wird«, sagt er. Mit jeder zugelassenen Ausnahme sinke der Wert der Steuer, sagt Giegold.

## Schreck der Banken

Bereits 2001 forderte der Grüne Sven Giegold eine Steuer auf Finanzgeschäfte – und galt als Spinner. Jetzt führt Europa die Steuer ein VON CLAAS TATJE

Längst hat er sich von Attac verabschiedet und sitzt für die Grünen als Wirtschaftsexperte im Europaparlament. Giegold ist kein Rebell, bei einem Treffen am vergangenen Donnerstag sind es nur die grünen, gestrickten Socken, die etwas ungewöhnlich wirken. Ansonsten ginge der 43-Jährige mit seinem weißen Hemd, dem Sakko und dem braven Haarschnitt leicht als Mitglied der liberalen Fraktion durch.

Giegold und die Geschichte der Transaktionssteuer lehrt vor allem eines: Jedes Thema braucht seine Zeit. Vor zwölf Jahren ging es noch unter. Dabei konnten die Befürworter der Steuer zunächst durchaus hoffen.

Zusammen mit einigen Mitstreitern hatte Giegold gerade ein Ökozentrum aufgebaut. Die Gruppe bewegte vor allem eine Frage: »Stürzt uns die regellose Macht der Finanzmärkte alle ins Elend?« Giegold schloss sich dem deutschen Ableger der Attac-Bewegung an. In Frankreich stritten bereits Tausende für die Einführung

einer weltweiten Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten. Vom Namensgeber James Tobin und dessen Denkvater John Maynard Keynes hatte Giegold bereits im Studium gelesen. In Deutschland warben Globalisierungskritiker der Organisation namens Weed dafür. Schließlich erreichte die Debatte um die **Tobinsteuer\*** im Sommer 2001 sogar das Kanzleramt. Kirchen und Gewerkschaften schlossen sich den Ideen an. Die Pressekonferenz in Berlin war vollkommen überfüllt. Es gab nur ein Problem. Die Konferenz begann am Mittag des 11. September. Zwei Stunden später brachen die Türme des World Trade Center zusammen. Schnell wurde klar, dass es nicht mehr um soziale Gerechtigkeit ging, sondern um »Krieg und Frieden«, wie Giegold heute sagt. Die Tobinsteuer hatte ihre wichtigste Zutat verloren: öffentliche Aufmerksamkeit.

Der Gedanke lebte trotzdem weiter – und wurde bitter bekämpft. Inge Kaul leitete in den 1990er Jahren ein Forschungsbüro der Vereinten Nationen in New York. Zusammen mit Kollegen und mehreren amerikanischen Top-Ökonomen gab sie eine wissenschaftliche Studie über die globale Finanztransaktionssteuer heraus. Daraufhin formulierte der einflussreiche US-Politiker und Republikaner Bob Dole ein Gesetz, wonach die Vereinigten Staaten die finanzielle Unterstützung der Vereinten Nationen stoppen würden, sollten Kaul und ihre Mitstreiter nicht aufhören, die Steuer zu thematisieren. »Auch von deutscher Seite ist uns damals niemand zu Hilfe gekommen. Politische Veränderungen bedürfen halt oft einer Krise, um Akzeptanz zu finden«, sagt Kaul.

Diese Krise kam – im Herbst 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers. Es dauerte allerdings noch ein Jahr, ehe sich die Politik wieder des alten Instruments besann. Giegold war inzwischen Europaparlamentarier und schrieb Ende September 2009 eine Mitteilung an die Presse, in der er erneut mahnte: »Wir brauchen dieses Instrument, um einerseits spekulative Finanztransaktionen einzudämmen, andererseits auch, um einen Beitrag zur Deckung der immensen Kosten der Bankenrettung zu bekommen. Sollten die USA oder andere Länder einer solchen Finanztransaktionssteuer ihre Zustim-

mung verwehren, muss die Europäische Union sie vorerst im Alleingang einführen.«

Am Tag darauf trafen in Pittsburgh die Regierungschefs der 20 führenden Wirtschaftsnationen zusammen. Und siehe da: Auch die deutsche Regierung forderte jetzt die Einführung der globalen Steuer – und scheiterte zunächst.

In Europa kann allein die EU-Kommission entsprechende Gesetze vorschlagen. Nicht immer hat dabei Vernunft Vorrang vor politischer Opportunismus. So warnte der Steuerkommissar Algirdas Šemeta im August 2010 vor »beträchtlichen unerwünschten Effekten«, die mit der Steuer einhergingen. Zwei Jahre später klang das schon ganz anders: In einem Interview mit der *ZEITUNG* erklärte er, dass die Steuer »von mir aus schon morgen« eingeführt werden könne. Was war passiert? »Der öffentliche Druck stieg wieder«, sagt Giegold. Nachdem sich Wolfgang Schäuble zur Steuer bekannt hatte, habe auch der Kommissar seine Haltung um 180 Grad geändert.

Von nun an war der Grüne nur zum Zuschauen verdammt. Steuergesetze entscheiden die Finanzminister nämlich im Alleingang. Schnell war klar, dass Großbritannien mit Rücksicht auf den Finanzplatz London ausseren würde, auch Luxemburg war nicht zu überzeugen.

Die Kommission griff daraufhin in eine Trickkiste. Sie berief sich auf das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit. Damit kann sie die Einstimmigkeit aller 27 Staaten aushebeln. Jetzt mussten sich nur noch neun Mitgliedsstaaten für die Finanztransaktionssteuer aussprechen, um sie gemeinsam einführen zu können. Am Ende stimmten sogar elf Länder zu. In den nächsten Monaten werden die Details verhandelt. »Ein zweistelliger Milliardenbetrag muss her«, fordert Giegold. Das sei nur möglich, wenn sich kaum jemand der Steuer entziehen könne.

Wie schwer das wird, zeigt ein Blick in interne Protokolle des Auswärtigen Amtes. Darin heißt es: »Die nichtteilnehmenden Mitgliedsstaaten kritisierten den Richtlinienvorschlag (...) teilweise scharf. LUX wies gleich zu Beginn der Beratungen darauf hin, dass Rechtsmittel ausgenutzt würden, sofern der Vorschlag angenommen werde. Er sei nicht mit EU-Verträgen vereinbar.« LUX steht für Luxemburg. Dort droht man also unverhohlen mit einer Klage gegen die Finanztransaktionssteuer.

Das Land stört sich vor allem am sogenannten Residenzprinzip. Demnach wäre für die Steuer entscheidend, wo die Akteure ihren Sitz haben – und nicht, von wo aus sie ihre Transaktionen tätigen. Überdies würden Kleinanleger und die Altersvorsorge von der Steuer betroffen. Allerdings fordert die EU-Kommission heute viel weniger als seinerzeit Giegold: Für den Handel mit komplexen Finanzprodukten geht es nur noch um einen Betrag von 0,01 Prozent auf den Handelsumsatz. Aber selbst das ist Ländern wie Luxemburg zu viel. Und Sven Giegold viel zu wenig: »Die Steuer ist im Vergleich zu den Kosten, die Banken durch ihr Handeln verursacht haben, winzig klein. Aber die Regierungen tun so, als würde der Finanzsektor nun zur Kasse gebeten.« Giegold vermutet trotzdem, dass mit diesem Thema nicht mehr viel zu holen ist. Er hat schon ein Neues gefunden. In den nächsten Jahren will er Steueroasen bekämpfen. Giegold glaubt, die Zeit sei jetzt reif dafür.



Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen, Frankfurt 1989 Fotograf: Roland Holschneider

Journalismus für eine neue Generation.

7 Tage kostenlos testen. Jetzt downloaden!



Handelsblatt Live fürs iPad Die digitale Wirtschaftszeitung

- 6:00 Die Morgenausgabe, produziert in New York
- 12:00 Die Mittagsausgabe aus dem Newsroom in Düsseldorf
- 20:00 Die Zeitung vom kommenden Tag – wie gedruckt, nur schneller

Apple, the Apple Logo and iPad are Trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. App Store is a Service mark of Apple Inc.

Erhältlich im App Store